

„Weiberitz-Beitung“
ersch. wöchentlich
Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend.
Preis vierteljährlich 1 M.
36 Pf., halbjährlich 2 M.
72 Pf., einmonatlich 42
Pf. Einzelne Nummern
10 Pf. — Alle Postan-
nahmen, Postboten, sowie
die Agenten nehmen Be-
stellungen an.

Weiberitz-Beitung.

Inserate, welche bei der
bedeutenden Auflage der
Blattes eine sehr wich-
tige Verbreitung finden,
werden mit Vortheil die
Anzeigen derjenigen, deren
Ramen bekannt. — Za-
bellartige und complicirte
Inserate mit entsprechen-
dem Aufschlag. — Ferner
sind im Redaktions-
Theile, die Spaltenpreise
20 Pf.

Amtsblatt

für die königliche Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, sowie für die königlichen Amtsgerichte und die Stadtrathe
zu Dippoldiswalde und Frauenstein

Verantwortlicher Redacteur: Carl Feine in Dippoldiswalde

Nr. 148.

Sonnabend, den 13. Dezember 1884

49. Jahrgang.

Politische Wochenschau.

Deutsches Reich. Die parlamentarischen Kreise werden gegenwärtig lebhaft durch die Bildung einer schützöllnerischen landwirtschaftlichen Vereinigung im Reichstage beschäftigt. Da derselben der größte Theil des Zentrums und der beiden konservativen Fraktionen angehört, so ist es nicht ausgeschlossen, daß diese Liga unter Umständen im Reichstage die Mehrheit haben wird; bereits ist die wirtschaftliche Vereinigung mit der Beratung der von ihr zu stellenden Anträge beschäftigt, unter denen derjenige auf Erhöhung der Getreidezölle im Vordergrund steht. Dem Vernehmen nach werden diese Anträge indessen erst nach den Weihnachtserien zu erwarten sein, da sie einer sehr sorgfältigen Prüfung unterzogen werden sollen und wohl auch eine vorübergehende Verständigung oder Fühlung mit der Regierung gesucht wird. Was die Nationalliberalen anbelangt, so haben sich dieselben, entgegen den ursprünglichen Meldungen, der Koalition ausnahmsweise fern gehalten. Wie jedoch das offizielle Organ der Partei, die „Nationalliberale Korresp.“ erklärt, solle hiermit keineswegs von vornherein ein Widerspruch gegen alle aus der neuen Vereinigung hervorgehenden Anträge ausgesprochen werden; die nationalliberale Partei habe nur niemals in den Zollfragen ein Parteiprinzip aufgestellt und anerkannt und werde an dem Grundsatze der großen Weltberzigkeit in zollpolitischen Fragen auch fernerhin festhalten. — Der Reichstag setzte am Dienstag die am vorigen Freitag abgebrochene zweite Lesung des Etats mit der Beratung des Tit. 18 des Militärbudgets, welcher die Militär-Justizverwaltung betrifft, fort. Es lag hierzu vom Abgeordneten Richter ein Antrag auf Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit in Bezug auf verabschiedete Offiziere vor, welcher eine lange Debatte über das deutsche Militärstrafrecht und die Militärstrafprozessordnung veranlaßte. Die schon oft ventilirte Frage der Deffentlichkeit des Militärgerichtsverfahrens spielte hierbei wieder eine Hauptrolle und plaidirte für das öffentliche Verfahren, besonders der sozialdemokratische Abgeordnete v. Vollmar in einer durchaus sachlich gehaltenen Rede; in diesem Sinne äußerten sich auch die Abgeordneten Payer (Volkspartei), von Bernuth (nationall.), Windthorst und Richter. Der preussische Kriegsminister, Bronsart von Schellendorf, erklärte, daß sich die Regierung dem Richter'schen Antrage gegenüber nicht geradezu ablehnend verhalte, doch müsse die in demselben beantragte Aenderung nothwendigerweise im Zusammenhang mit der Reform des ganzen Militärstrafprozesses erfolgen. Entschieden sprach sich aber der Kriegsminister gegen die Deffentlichkeit beim Militärgerichtsverfahren aus, indem er ausführte, daß hierzu kein Bedürfnis vorliege, die militärgerichtlichen Urtheile würden auch beim öffentlichen Verfahren nicht anders ausfallen, wohl aber würden Entstellungen der Berichtserstattung zu befürchten sein, die sehr bedauerliche Folgen haben könnten. Die Debatte bewegte sich allseitig in durchaus gemäßigten Grenzen und nach hierdurch gegen den leidenschaftlichen Ton mancher vorhergegangenen Sitzungen in wohlthuender Weise ab. Ueber die Resolution nach dem Antrage Richter soll nach der dritten Lesung abgestimmt werden. Die Budget-Kommission des Reichstages hat in ihrer Dienstsitzung die für die Beamten der Reichskanzlei geforderten Gehaltszulagen mit allen Stimmen gegen diejenigen des Zentrums genehmigt. Die große Kommission der Kongo-Konferenz hat in den letzten Tagen angestrengt gearbeitet, um mit ihrer Aufgabe, der Vorberathung der Schiffahrtsakte für den Kongo und den Niger, fertig zu werden. Am Montag wurden dieselben nach Erledigung des Berichts der Subkommission definitiv angenommen, nachdem im Einzelnen an den Vorschlägen der letzteren nicht unwesentliche redaktionelle Abänderungen vorgenommen worden waren. Die für die Schiffahrt auf dem Kongo

festgestellten Bestimmungen gelten auch für den Niger. Ueber den wichtigen Artikel, welcher von der Neutralisation beider Ströme handelt, steht jedoch der Beschluß der Kommission noch aus. — In der württembergischen ersten Kammer griff gelegentlich der Diskussion des Reichspostparlaments-Entwurfes der Erzograt Reiperg am Dienstag die Reichsregierung in heftiger Weise an und beschuldigte dieselbe hierbei, keinerlei Rücksicht auf irgendwelche Gattung von Recht zu nehmen. Staatsminister von Mittnacht wies diese Angriffe entschieden zurück und betonte: er könne eine Trennung der preussischen und der württembergischen Regierung, wie dies vom Vorredner namentlich bezüglich der braunschweigischen Erbfolgefrage geschehen, in keiner Weise zulassen.

Frankreich. Die Senatswahlreform in Frankreich, welche in den letzten Tagen in der Kammer der dortigen politischen Kreise fast ausschließlich in Anspruch nahm, hat nunmehr ihre definitive Erledigung gefunden. Am Dienstag ist die Reform-Vorlage von der Deputirtenkammer mit dem vom Senat beschlossenen Modifikationen und unter Ablehnung des florentinischen Gegentwurfes im Ganzen mit 334 gegen 174 Stimmen angenommen worden. Der Ministerpräsident Ferry selbst griff in entscheidender Weise in die Debatte ein, indem er das Verbleiben des Staatsministeriums im Amte von der Genehmigung der Vorlage in der Regierungskammer abhängig machte, und dieser Triumphe wirkte. Die Majorität von 160 Stimmen, mit welcher die Reform-Vorlage sanktionirt, ist nach den vorherigen Abstimmungen der Kammer eine unerwartet große und Herr Ferry hat somit einen neuen glänzenden Sieg über seine Gegner erfochten, welcher nur dazu dienen kann, die Stellung des gegenwärtigen Ministeriums noch mehr zu befestigen.

England. Die in England eingetretene parlamentarische Stille erlände dem englischen Premier, seine Aufmerksamkeit nunmehr voll und ganz den auswärtigen Angelegenheiten zuzuwenden, namentlich denjenigen Süd-Africas, wie der Nilexpedition unter Wolseley zum Entsaße Chartums. Süd-Africa kann leicht abermals der Schauplatz blutiger Ereignisse werden, da das unter General Warren nach dem Kap entsandte englische Korps die gemessenen Befehle hat, die Boern aus dem von ihnen besetzten Betschuanalande wieder zu vertreiben und es ist noch keineswegs ausgemacht, daß die tapferen Boern, vor ihren Todfeinden, den Engländern, so ohne Weiteres den Rückzug antreten werden. Ferner trägt sich die englische Regierung mit neuen Annexionsplänen bezüglich Süd-Africas; sie beabsichtigt nämlich, das Kalahary-Gebiet unter die Oberhoheit Englands zu stellen. An und für sich würde dies nun freilich keine besonders werthvolle Erwerbung bedeuten, denn das fragliche Gebiet besteht zum größten Theile aus der Kalahary-Wüste, aber diese hat eine politische Bedeutung, indem sie die deutschen Besitzungen in Angra Buequena von den Ansiedlungen der Boern im Osten trennt, und dieser Gesichtspunkt dürfte für Mr. Gladstone wohl maßgebend sein. Was die Nilexpedition anbelangt, so scheint dieselbe jetzt energischer betrieben zu werden, denn eine Depesche aus Dongola meldet, es würde das englische Hauptquartier am Sonnabend von dort nach Ambokol verlegt werden, wohin alle Truppen im Vormarsch begriffen seien. Es wird aber noch viel Wasser den Nil hinabfließen, ehe die Engländer Chartum erreicht haben werden. Auch die ägyptische Finanzaffaire erfordert Gladstone's Aufmerksamkeit. Bekanntlich ist die Regierung des Khedive vom internationalen Gerichtshofe zu Kairo zur Rückzahlung aller ungesetzlich erhobenen Summen an die Staatsschuldenlaste verurtheilt worden, wogegen die ägyptische Regierung Berufung eingelegt hat; es wird ihr dies aber nicht viel helfen.

Ostasien. Aus dem französisch-chinesischen Handel vermag Niemand so recht klug zu werden. Nachdem

erst kürzlich die französische Deputirtenkammer der Regierung die Mittel zu einer energischen Fortsetzung des Contingentzuges bewilligt hat, ist plötzlich dem General Briere de l'Isle wie dem Amiral Courbet der Befehl zugegangen, bis auf weitere Ordre keine Gefechte zu liefern, sondern in der Defensive zu bleiben. Sollte dies nicht darauf hindeuten, daß der diplomatische Apparat wieder einmal in Thätigkeit ist und daß ein Ausgleich zwischen Frankreich und China bevorsteht?

Lokales und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Ein bevorstehender Wechsel der Herrschaft zwischen Dippoldiswalde und Freiberg ist schon seit 30 Jahren her, daß Siegmund von Naltitz, der große Bergherr von Dippoldiswalde, bei der Aufbereitung der Erze die nassen Hochwerke einführt. Diese Erfindung verbreitete sich schnell über die Bergbau treibenden Länder der Erde und abte ihre Herrschaft bis auf den heutigen Tag. In der That: „Das Alte stirbt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen.“ An die Stelle des stehenden Wassers, das Jahrhunderte lang in Quecksilber bei dem Bergbau gestanden, soll nunmehr die Luft treten, um das Wasser dienlich abzulassen, und die gewonnenen Erze von fremden unbrauchbaren Bestandtheilen zu befreien. Der die Luft zu dieser Umkehr zwingende und somit der Dippoldiswalder Bergbauwirtschaft den Untergang bereitende Mann ist ein schlichtes Bergmannskind, der Bergverwalter a. D. Willkomm in Freiberg. Derselbe hat in Verbindung mit dem Bergmaschinen-Techniker Schumann in Freibergsdorf auf seine neue Erfindung in Deutschland, Frankreich, Belgien u. Patent gelöst, durch die übrigens nicht bloß dem Erz-, sondern auch dem Kohlen-Bergbau eine neue Richtung gegeben werden wird. Nun, wie schwer es auch unsere alte Bergstadt Dippoldiswalde schmerzen darf, ihre zeitliche Geltung verlieren und an die Schwesterstadt Freiberg abtreten zu müssen, so heißen wir immerhin die Erfindung des Hrn. Willkomm herzlich willkommen und gönnen dem Wasser seine endliche Erlösung, hoffend, daß die Luft uns keine ihrer bekannten Schloffer vor-spiegelt; wird doch durch diese Erfindung höchst wahrscheinlich ein Sieg der ewig fortschreitenden Wissenschaft nachgewiesen; wird doch durch dieselbe einem großen Uebelstande theilweise abgeholfen, nämlich der Verunreinigung fließender Gewässer, die unsere Dippoldiswalder Wirtschaft mit sich brachte und die mit den nassen Hochwerken unzertrennlich verbunden war; wird doch durch dieselbe eine Verbindung zwischen Bergbau und Landwirtschaft herbeigeführt, zwischen welchen seither viel Feindschaft geherrschet hat, wegen Verzeihung der saftigsten Weiden mit einem gar unfruchtbar Schlammeiten des Bergbaues, während letzterer sich durch die Wiesenwässerung der Landwirthe in der Benutzung der Wasser zu bergbaulichen Zwecken beeinträchtigt sah; wird doch endlich durch dieselbe ein Herzenswunsch unsers Königs Albert wenigstens theilweise erfüllt, insofern derselbe vor mehreren Jahren schon einen Preis aussetzte für Befreiung der Verunreinigung fließender Gewässer. Wir Dippoldiswalder aber wollen dabei immer dankend eines unsrer berühmtesten Mitbürger gedenken, des Bergherrn Siegmund von Naltitz, dessen Erfindung durch 3 Jahrhunderte hindurch sich Geltung zu schaffen vermochte. Wie wäre es denn, wenn wir ihm zu Ehren einer Straße oder einem Platz unsrer Stadt den Namen „Naltitzstraße“ oder „Naltitzplatz“ beilegen?

J. D. Wohlhart.

— Um irrigen Ansichten zu begegnen, sei hiermit angedeutet, daß von dem Kirchenvorstand Dippoldiswalde die Emporen in der ersten Etage der Stadtkirche zum Gebrauche Aller nicht freigegeben und die Lösungen und Jahresmieten der Kirchenstühle im Schiff noch nicht aufgehoben worden sind, so daß nur die

Advertisementen sind an dieser Stelle von politischer Natur.